

Rußland am Vorabend der Parlamentswahlen

Petuchov, Vladimir Vasil'evic

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Petuchov, V. V. (1999). *Rußland am Vorabend der Parlamentswahlen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 42/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48173>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen *Wahlen in Rußland 1999/1*

Nr. 42/1999

15. Oktober 1999

Rußland am Vorabend der Parlamentswahlen

Zusammenfassung

Die Dumawahlen im Dezember 1999 müssen im Kontext des Machtwechsels gesehen werden, der nach den Präsidentenwahlen im Sommer 2000 stattfinden wird. Die jetzt anstehenden Parlaments- und später die Präsidentschaftswahlen werden die Antwort auf die Frage geben, ob die russische politische Klasse und die Gesellschaft als Ganzes imstande sind, für einen demokratischen Machtwechsel zu sorgen und dem Land eine Führung zu geben, die sich der Probleme annimmt, mit denen Rußland derzeit konfrontiert ist. Gegenwärtig haben "Vaterland – Ganz Rußland", die Kommunisten und Jabloko die besten Wahlaussichten. Doch ist zu bedenken, daß der eigentliche Wahlkampf gerade erst begonnen hat. Es stimmt allerdings bedenklich, daß eine inhaltliche Auseinandersetzung praktisch nicht geführt wird. Wichtige Themen wie das politische System Rußlands nach Jelzin, Entwicklung der Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen, Wirtschaftsstrategie und ethisch-moralischer Zustand der Gesellschaft werden gar nicht diskutiert.

Dumawahlen – Etappe eines demokratischen Machtwechsels?

Die Wahlkampagne für die Dumawahlen, die jetzt begonnen hat, ist die dritte in den letzten sechs Jahren. Schon aus diesem Grund wird sie nicht als etwas Außerordentliches empfunden. Gleichzeitig sind sich jedoch nicht nur die politischen Eliten, sondern auch beträchtliche Teile der Bevölkerung im klaren darüber, daß der Ausgang dieser Wahl das Leben des Landes nach dem Jahre 2000 wesentlich bestimmen wird. Fanden die Parlamentswahlen vor vier Jahren, 1995, noch unter Bedingungen statt, als das herrschende Regime relativ stabil war und zudem feststand, daß es durch den Ausgang der Wahlen nicht erschüttert werden kann, so sollen – vor dem Hintergrund des totalen Legitimationsverlusts der Machthaber im Kreml in Rußland wie im Ausland – die jetzt anstehenden Parlaments- und später dann die Präsidentschaftswahlen die Frage beantworten, ob die russische politische Klasse und die Gesellschaft als Ganzes imstande sind, für einen demokratischen Machtwechsel zu sorgen und – als wichtigsten Punkt – Rußland aus der Sackgasse herauszuführen, in der es sich derzeit befindet.

Die russischen Wähler 1999: Angst vor einer Destabilisierung

Eine Besonderheit der gegenwärtigen Wahlkampagne ist es, daß sie in einem völlig anderen gesellschaftlichen Klima als 1993 oder 1995 stattfindet. Diesmal ist das Klima von Ungewißheit und Unsicherheit geprägt, die aufgrund des unaufhörlichen Kampfes in den oberen Etagen der Macht, des Krieges im Nordkaukasus u.ä. von über 75% der Bewohner Rußlands empfunden werden. Man befürchtet, daß diese beiden Faktoren eine neue Wirtschaftskrise heraufbeschwören könnten, die dem Finanzkrach am 17. August 1998 ähneln würde.

Die Ergebnisse rußlandweiter soziologischer Monitoringuntersuchungen des Russischen Unabhängigen Instituts für soziale und nationale Probleme (RUFİ) zeigen, daß sich dieser Zusammenbruch, in dessen Gefolge der Lebensstandard von fast zwei Dritteln der Bewohner Rußlands gesunken ist, auch heute noch, ein Jahr später, erkennbar auf die soziale Befindlichkeit auswirkt. Fast 70% der Befragten einer RUFİ-Umfrage im Oktober dieses Jahres halten eine Wiederholung der finanzwirtschaftlichen Krise für sehr wahrscheinlich, und 52% bezeichnen das Sinken des Lebensstandards und den Preisanstieg als die Probleme, die ihnen am meisten zu schaffen machen. Zum Vergleich: Sogar die Gefahr eines Krieges im Nordkaukasus beunruhigt weitaus weniger Menschen, nur 27%. Zudem geht für viele die Gefahr einer zunehmenden ökonomischen wie politischen Destabilisierung von der Wahlkampagne selbst aus, da sich doch Machthaber aller Art, einschließlich Regierung und regionaler Eliten, ganz zu schweigen von den Finanz-Industrie-Gruppen, immer aktiver in politische Kämpfe einlassen.

Die Angst vor einer möglichen Destabilisierung des Landes ist tatsächlich groß. Zugleich ist, wie Untersuchungen zeigen, ein Großteil der Bevölkerung nicht mehr bereit, sich mit den herrschenden Zuständen abzufinden. Noch vor einem Jahr, am Vorabend der Augustkrise, hielten sich die Anzahl der Anhänger des Status quo und der Anhänger von Veränderungen ungefähr die Waage. Heute dagegen halten nur 31% die Erhaltung der politischen und ökonomischen Stabilität um jeden Preis für eine prioritäre Aufgabe, wohingegen 69% radikale Veränderungen der im Rußland der neunziger Jahre etablierten politischen und ökonomischen Ordnung für notwendig erachten.

Diese Differenzierung ist nicht in ideologischen und politischen Gegensätzen begründet. Es handelt sich eher um verschiedene Lebensstrategien: Entweder findet man sich mit den bestehenden Zuständen ab und sucht für sich selbst einen "Platz an der Sonne", ohne darauf zu achten, was um einen herum geschieht, oder man will – und zwar in nächster Zukunft – einen Übergang von einer Strategie, die auf bloßes Überleben setzt, zu einer, die neue Lebensqualität schafft und bei der nicht mehr befürchtet werden muß, daß etwas geschehen könnte, was mit einem Schlag die Bemühungen vieler Jahre zunichte macht.

Die Tatsache, daß als gesellschaftliche Prioritäten keine ideologischen Konstrukte zum Umbau Rußlands, sondern konkrete Lebensmodelle aufgestellt werden, gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß die politischen Entscheidungen wenn schon nicht der gesamten Gesellschaft, so doch eines beträchtlichen Teils von durchaus rationalen, pragmatischen Einstellungen dominiert werden. Das Problem liegt allerdings darin, daß die Schichten und Gruppen, die sich in ihren politischen Entscheidungen von solchen Einstellungen leiten lassen, sehr wählerisch sind. Es ist kein Zufall, daß 40% der Gruppen und Schichten, die z.B. der "Mittelschicht" zuzurechnen sind (dies ist fast ein Drittel der potentiellen Wähler), in denen Menschen jüngeren Alters stark vertreten sind, erklären, daß es in Rußland keine politischen Parteien gebe, die ihren Interessen völlig entsprechen würden. Ungefähr genau so viele wissen auch noch nicht, ob sie überhaupt wählen gehen werden.

Wahlen zu einem Rußland ohne Jelzin

Ein zweiter Schlüsselfaktor, der den politischen Charakter dieser Wahlen bestimmt, ist der "Jelzin-Faktor", genauer gesagt, das nahende Ende seiner Präsidentschaft. Zwar ist im Unterschied zu den vorigen Wahlen die Einstellung zu Jelzin für die politische Positionierung der beteiligten Parteien und Wahlblöcke nicht ausschlaggebend, weil mit Ausnahme der Liberaldemokratischen Partei

(LDPR) Žirinovskijs und des vom Kreml in Eile aufgestellten Wahlblocks "Einheit" (Edinstvo) unter S. Šojgu praktisch alle Wahlvereinigungen in Opposition zu Jelzin und seiner Umgebung stehen. Doch für die Gesellschaft hat der "Jelzin-Faktor" eine besondere Bedeutung: Es geht darum, ob der Machtwechsel konfliktlos sein wird oder ob mit neuen Prüfungen zu rechnen ist. Verschiedene Szenarien über die Aussetzung oder Verschiebung der Wahlen, Einführung des Ausnahmezustands in einzelnen Regionen oder im ganzen Land, über die in der russischen Presse ständig spekuliert wird, heizen solche Stimmungen noch an.

Unter diesem Blickwinkel ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß die kommenden Parlamentswahlen von der Bevölkerung als erste Etappe der Suche nach den politischen Kräften und Persönlichkeiten verstanden werden, die für den konfrontationslosen Übergang in die Post-Jelzin-Ära sorgen werden. Dabei kümmert ideologische Färbung dieser Kräfte und Führungspersönlichkeiten die Bewohner Rußlands wenig; wichtig ist, daß sie in der Gesellschaft als Vertreter jener gesamtnationalen strategischen Interessen begriffen werden, die in den letzten Jahre von einzelnen wirtschaftlichen und politischen Gruppierungen und regionalen Eliten auseinandergezerrt worden sind.

Infolgedessen besteht die eigentliche Bedeutung der kommenden Wahlen nicht so sehr in ihrem zwar formalen Ergebnis – wer wie hoch gewinnt –, sondern vielmehr darin, daß sie den Typ der künftigen "Partei der Macht" festlegen: ihre Handlungsfähigkeit und Kompetenz erstens was die Fähigkeit angeht, die Gesellschaft zu konsolidieren und die wichtigsten gesellschaftlichen Stimmungen einschließlich der gemäßigten Proteststimmungen einzufangen, und zweitens betreffs der Fähigkeit, einen "sanften" Wechsel des politischen Regimes durchzuführen und gleichzeitig regionale und Wirtschaftseliten zu konsolidieren.

Die Parteien und Präsidentschaftskandidaten in der Wählergunst

Der Verlauf der Wahlkampagne zeigt, daß ein besonders intensiver Wettkampf um die Rolle der künftigen "Partei der Macht" zwischen zwei Kräften stattfindet, zwischen denen, die sich um den heutigen Regierungsvorsitzenden Putin gruppieren, und dem größten Wahlbündnis "Vaterland – Ganz Rußland" (VGR, "Otečestvo – Vsja Rossija") von Primakov und Lužkov. Da Putin von einer direkten Beteiligung an den Dumawahlen bislang Abstand genommen hat, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wie Untersuchungen zeigen, VGR zweifellos der Favorit der kommenden Wahlen. Seitdem Ex-Premier Primakov, der populärste Politiker Rußlands, dem Wahlblock beigetreten ist, konnte dieser innerhalb einer recht kurzen Zeit sein Wählerpotential praktisch verdoppeln. Schon heute sind 25,6% der Wähler (s. Tab. 1) bereit, für den Block zu votieren.

Tabelle 1

Anteil der Wähler, die bei der Dumawahl für die Kandidaten
bestimmter Parteien und politischer Bewegungen stimmen wollen
(in %)¹

Wahlvereinigung	Januar 1999	Juni 1999	Oktober 1999
Kommunistische Partei Rußlands (G. Zjuganov)	20,6	17,6	18,1
Liberaldemokratische Partei (V. Žirinovskij)	4,0	2,2	3,6
"Unser Haus Rußland" (V. Černomyrdin)	1,7	1,9	1,1
Nationalrepublikanische Partei (A. Lebed')	9,8	3,4	3,5
Jabloko (G. Javlinskij)	16,4	12,1	13,7
Bewegung "Vaterland – Ganz Rußland" (Ju. Lužkov,	13,0	11,5	25,6

¹ Die Tabelle enthält Wahlvereinigungen, für die Anfang Oktober mehr als 1% der Wähler gestimmt hätten. Etwa zehn weitere Wahlvereinigungen hätten einen Anteil zwischen 0,1% bis 0,7%. Außerdem hatten 6,5% erklärt, sie wollten gegen alle votieren, während 22,5% sich bislang nicht entschieden haben.

E. Primakov)

"Union der rechten Kräfte" (S. Kirienko, B. Nemcov)	4,0	2,7	3,4
---	-----	-----	-----

Der Erfolg von "Vaterland – Ganz Rußland" rührt im übrigen auch daher, daß dieses Wahlbündnis den politischen Kampf in einer extrem harten, energischen Weise führt, wie sie früher für zentristische Parteien und Bewegungen nicht typisch war. Jedoch sehen Analytiker bei diesem Block auch eine beträchtliche Anzahl "wunder Punkte". Das hängt in erster Linie damit zusammen, daß er locker organisiert und nicht homogen ist. In den letzten Monaten zeichnet sich ab, daß Lužkov, der zur Zielscheibe der von der Berezovskij-Gruppe kontrollierten Massenmedien geworden ist, an Ansehen verliert; dagegen kann Primakov nach wie vor auf hohe Umfragewerte bauen (s. Tab. 2).

Tabelle 2

Anteil der Bevölkerung, der für einen bestimmten Präsidentschaftskandidaten stimmen würde
(in %)

Prätendent	Januar 1999	Juni 1999	Oktober 1999
E. Primakov	12,1	18,7	23,7
G. Zjuganov	18,9	11,7	13,7
V. Putin	-	-	10,4
G. Javlinskij	14,5	11,9	9,3
Ju. Lužkov	17,0	11,5	6,9
A. Lebed'	10,6	6,1	4,3
A. Tuleev	5,8	7,3	4,0
V. Žirinovskij	4,6	2,7	3,8
S. Stepašin	-	3,8	3,8
S. Kirienko	-	3,5	2,8
V. Černomyrdin	0,7	1,1	0,5

Ein großer Teil der Gesellschaft, in der gegenüber Moskau starke Vorbehalte bestehen, aber auch die regionalen Eliten können sich Lužkov nicht als künftigen Vorsitzenden der Partei der Macht vorstellen. Primakov entspricht eher ihren Forderungen, unter anderem weil er mit keiner finanzwirtschaftlichen Gruppierung identifiziert wird.

Es ist fast sicher, daß die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF), die derzeit von 18,1% unterstützt wird, die zweithöchste Stimmenzahl gewinnen wird. Im Vergleich zu den letzten Wahlen hat die KPRF ihren Wählerstamm bewahrt, allerdings ist es der Parteiführung nicht gelungen, die KPRF zum Kern einer breiten Protestkoalition zu machen, die etatistisch und patriotisch eingestellte Kräfte integriert. Aus diesem Grunde ist die KPRF trotz ihres beträchtlichen Wählerpotentials politisch isoliert und wird nicht ernsthaft als die zukünftige "Partei der Macht" wahrgenommen.

An dritter Stelle dürfte ebenfalls mit großer Wahrscheinlichkeit die Bewegung "Jabloko" (13,7%) liegen, die vor allem Interessen der städtischen Intelligenz vertritt und allgemein demokratische Werte hochhält. Der Beitritt des relativ populären früheren Premierministers Stepašin zu diesem Block hat sich auf die Wählerschaft nicht wesentlich ausgewirkt.

Auffällig ist die große Schere, die zwischen diesen drei Favoriten und allen übrigen Beteiligten des Wahlkampfs klafft, deren Einzug ins Parlament auf des Messers Schneide steht. Dazu gehören die

Liberaldemokratische Partei Žirinovskijs, die Koalition "Union der rechten Kräfte" (S. Kirienko, B. Nemcov, I. Chakamada) und die Nationalrepublikanische Partei Lebed's, die im übrigen schon offiziell auf Teilnahme an der Wahl verzichtet hat. Der Wahlblock "Interregionale Bewegung 'Einheit'" unter S. Šojgu ist erst nach der erwähnten Umfrage gegründet worden, so daß keine zuverlässigen Angaben über sein Wählerpotential vorliegen. Dennoch werden seine Aussichten, über Parteilisten in die Duma einzuziehen, von Analytikern sehr skeptisch beurteilt. Allerdings dürfte die Bewegung "Einheit", auch wenn sie die Fünfprozenthürde nicht nimmt, recht gute Chancen haben – eingedenk der Tatsache, daß sie von rund 30 Chefs von Föderationssubjekten unterstützt wird –, eine ansehnliche Zahl von Direktkandidaten durchzubringen.

Für eine ähnliche Strategie entscheiden sich die meisten kleinen Wählervereinigungen, die gar keine Chance haben, über Parteilisten in die Duma zu kommen: Über die Beteiligung an der allgemeinen Wahlkampagne können sie den Bekanntheitsgrad der Parteispitze sowie von zwei bis drei Aktivisten in den Direktwahlbezirken steigern.

Gleichermäßen auffällig ist, daß es bislang keiner rechtsnationalistischen und linksradikalen Gruppierung gelungen ist, bei den Wählern an Attraktivität zu gewinnen. Dies gilt unter anderem für die Bewegung "Zur Unterstützung der Armee" ("V podderžku armii") von Iljuchin und Makašov (0,5%), "Stalins Block" ("Stalinskij blok") von Viktor Anpilov (0,1%) und einige andere.

Rußland in der Vorwahlzeit: Stand Oktober 1999

Geht man von den oben angeführten Daten aus, stellt sich die Situation insgesamt als relativ gut prognostizierbar dar: Es gibt drei eindeutige Favoriten (VGR, KPRF und Jabloko), des weiteren drei bis vier Vereinigungen, die unter günstigen Umständen die Fünfprozenthürde überwinden könnten, sowie rund 15 ausgesprochene Außenseiter, die keine Chance haben, in die Duma einzuziehen. Allerdings ist zu bedenken, daß der eigentliche Wahlkampf erst begonnen hat und lediglich der organisatorische Teil (Bildung von Wahlblöcken, Vorlage der Kandidatenlisten bei der Zentralen Wahlkommission, Sammeln der für die Registrierung notwendigen Unterschriften usw.) jetzt zum Abschluß kommt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Anfang Oktober) herrscht noch nicht einmal endgültige Klarheit über die Zahl der Teilnehmer, da offensichtlich bei weitem nicht jeder potentielle Kandidat alle für die Registrierung notwendigen Prozeduren bewältigen dürfte.

Im übrigen fehlt es dem Wahlkampf, der jetzt in Gang kommt und an Tempo gewinnt, trotz seiner Härte an durchdachten programmatischen Ideen. So wichtige Themen wie das politische System Rußlands nach Jelzin, Entwicklung der Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen, Wirtschaftsstrategie und ethisch-moralischer Zustand der Gesellschaft, der ja auch eng mit der wichtigen Frage verbunden ist, wie die schreiende soziale Ungerechtigkeit überwunden werden kann, werden nicht diskutiert. Dieses Defizit könnte dazu führen, daß sich die Situation vor den Präsidentschaftswahlen 1996 wiederholt, als eine virtuelle, von den Massenmedien geschaffene "Realität" den Inhalt der Wahlen tatsächlich veränderte. Gleichzeitig ist zu beobachten, daß die Gesellschaft der aufdringlichen politischen Reklame und der "Informationskriege" müde ist, daß den elektronischen Medien zunehmend allgemeines Mißtrauen entgegengebracht wird, was darauf hoffen läßt, daß sich die meisten Menschen bei ihrer politischen Entscheidung vom eigenen Urteil und eigenen Vorstellungen leiten lassen.

Aber nicht einmal das ist der wesentliche Punkt. Die Gesellschaft hat immer noch nicht die Gewißheit, ob die Wahlen überhaupt stattfinden werden, und wenn ja, ob die Wahlergebnisse nicht in Frage gestellt werden. Denn es liegt auf der Hand, daß es in Rußland Kräfte gibt, die – auch wenn sie vielleicht nicht daran interessiert sind, die Wahlen direkt zu verhindern – sie doch maximal delegitimieren wollen. Dies bedeutet, daß der eigentliche Kampf noch bevorsteht: nicht nur der Kampf um Wählerstimmen, sondern auch der Kampf dafür, daß in Rußland tatsächlich freie, faire und demokratische Wahlen stattfinden.

Vladimir Petuchov

Diese Arbeit ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser ist Direktor des Zentrums für sozialpolitische Analyse des RUF, Moskau.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Übersetzung: Olga Löwen

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071